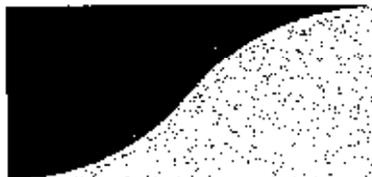


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an die Rentenreform vor 25 Jahren: Die SPD war der Motorwagen. Seite 1

Peter Glotz setzt sich mit dem Schweigen der Friedensbewegung zu Polen auseinander: Die Parteien verpflichtet. Seite 3

Björn Engholm MdB würdigt Georg Kerschensteiner: Gegen die verkopfte Schule. Seite 5

Lothar Löffler MdB sieht im Haushalt '82 Chancen: Trotz Tricks der Opposition. Seite 7

Wilhelm Wiegrefe fragt, ob Berlins SPD die Konsequenzen aus dem 15. Januar 1981 gezogen hat: Ursachen erkannt. Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

37. Jahrgang / 10

15. Januar 1982

Die SPD war der Motorwagen

Vor 25 Jahren wurde Rentenversicherung reformiert

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 21. Januar 1982 wird es genau 25 Jahre her sein, daß der Deutsche Bundestag in Dritter Beratung die Gesetzentwürfe zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten behandelt und verabschiedet hat. Damit wurde der Weg dafür frei, daß die in die Geschichte der Sozialversicherung eingegangene Rentenreform 1957 rückwirkend zum 1. Januar 1957 in Kraft treten konnte. Die Reform stellt die gesetzliche Rentenversicherung auf eine neue Grundlage und brachte vor allem die Dynamisierung, also die Anbindung der Renten an die Einkommensentwicklung der Aktiven, der beitragszahlenden Arbeitnehmer. Die Rentenversicherung sollte fortan nicht nur gegen Not schützen, sondern es wurde eine Beziehung hergestellt zwischen dem Einkommensstandard der Arbeitnehmer und dem der Rentner.

CDU und CSU, die damals im Verein mit Koalitionspartnern die Bundesregierung trugen, sind seither nicht müde geworden, die Rentenreform 1957 unter Hintanstellung der Fakten für sich zu reklamieren. Da auch jetzt wiederum nicht auszuschließen ist, daß Vertreter von CDU und CSU versuchen werden, sich in dieser Weise zu parfumieren und sich mit der Rentenform des Jahres 1957 wie mit einem teuren Hermelin zu schmücken, ist es geboten, noch einmal aufzuzeigen, was vor dem und was am 21. Januar 1957 tatsächlich geschehen ist. Denn die Geschichtsverdrehung geht ja teilweise so weit, daß behauptet wird, die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion habe gegen die Reformgesetze gestimmt, obwohl das Protokoll der 187. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages vom 21. Januar 1957 als Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung ausweist, daß alle sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten der Reform zugestimmt haben.

Mehr noch: Der historische Ablauf macht sichtbar, daß die SPD der Motorwagen der Rentenreform war, CDU und CSU sowie andere dagegen die Zusteiger gewesen sind. Schon 1952 enthielten die "Grundlagen eines Sozialplanes der SPD" die Absichtserklärung:

Kwadranten-Übersatz
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



"Die Kaufkraft der Renten wird gesichert. Der Rentner soll in gleicher Weise wie der Arbeitende an der Steigerung des Sozialprodukts teilhaben." Die Sozialdemokraten waren es auch, die am 18. April 1956 mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zuerst die parlamentarische Initiative für eine alljährliche Anpassung der Renten an die Entwicklung der Löhne und Gehälter ergriffen. Der Entwurf sah in einem eigenen Abschnitt die "Anpassung der laufenden Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung" vor. Der in Paragraph 44 formulierte Grundsatz lautete: "Der Rentenbetrag der am Schluß eines Bewertungsjahres laufenden Renten wird für das folgende Bewertungsjahr um den gleichen V Hundertsatz erhöht, um den sich die für die Bemessungsgrundlage maßgebenden Entgelte und Umrechnungsfaktoren erhöhen" (Drucksache 2/2314).

Damit war das Prinzip der dynamischen Rente erstmals in einem Gesetzentwurf enthalten. Am 4. Mai 1956 wurde der Gesetzentwurf im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Ernst Schellenberg, der am 20. Februar 1982 seinen 75. Geburtstag begeht, mit dessen Namen die Rentenreform 1957 eng verbunden ist, hat den Entwurf für die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begründet. Er wies darauf hin, daß die Sozialreform seit Anfang 1952 von der damaligen Regierung verschleppt worden war. Schellenberg begründete im einzelnen: "Die Neuordnung, die wir durch diesen Gesetzentwurf anstreben, geht davon aus, daß es untragbar ist, wenn gegenwärtig den Arbeitern und Angestellten, die wegen des Alters und Berufsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheiden, eine Rente von durchschnittlich nicht mehr als 30 bis 40 Prozent des früheren Lohns und Gehalts gewährt wird. Das führt zwangsläufig zu einem bedenklichen Absinken der Lebenshaltung des Arbeiters und Angestellten im Alter. Dieser schwerwiegende Mißstand soll durch unseren Gesetzentwurf beseitigt werden. Jeder Arbeiter und Angestellte soll nach Beendigung eines normalen Arbeitslebens einen unbedingten Rechtsanspruch auf eine Rente haben, die es ihm ermöglicht, bei Alter und bei Berufsunfähigkeit seinen Lebensstandard, den er sich in den Jahren der Arbeit geschaffen hat, uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Das gleiche soll auch im Fall des Todes für seine Angehörige gelten" (143. Sitzung des 2. Bundestages, 4. Mai 1956).

Auf dem Münchner SPD-Parteitag 1956 wurde der von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachte Entwurf des Rentenversicherungsneuregelungsgesetzes ausdrücklich begrüßt. CDU und CSU aber brachte er in arge Verlegenheit. Knapp zwei Monate später als die Sozialdemokraten, nämlich am 5. Juni 1956, legte die damalige Bundesregierung ihrerseits einen hastig erstellten Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten vor. Er beschränkte sich aber lediglich auf eine Rentenanpassung in fünfjährigen Abständen. Noch in der ersten Beratung widersprachen maßgebliche Vertreter von CDU und CSU der SPD-Forderung, die Renten Jahr für Jahr anzupassen. So erklärte der Abgeordnete Horn: "Aber ablehnen werden wir unter allen Umständen die von der SPD geforderte alljährliche Rentenanpassung." Erst im Ausschuß vollzogen CDU und CSU auf Druck der SPD einen Kurswechsel in Richtung auf die jährliche Anpassung.

Dem 21. Januar 1957 waren für die abschließende Beratung der Rentenneuordnung bereits drei volle Debattentage vorausgegangen. Die vier Tage waren gekennzeichnet durch ein zähes Ringen der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Rentenreform im Interesse der betroffenen Menschen wirksamer zu gestalten. Jedoch wurde die große Mehrzahl der 156 Änderungsanträge der SPD mit den Stimmen der CDU/CSU zu Fall gebracht.

Aber es gelang den Sozialdemokraten, während der Beratungen den Regierungsentwurf in einigen Punkten zu verbessern. Anderes, was die Sozialdemokraten schon damals zu ihrer Sache gemacht hatten, konnte erst wesentlich später, zum Beispiel durch die Rentenreform 1972 durchgesetzt werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf der Solidarität der Generationen. Die Rentenversicherungsbeiträge, die die Arbeitenden aufbringen, werden für die laufenden Rentenzahlungen verwandt. Die Menschen, die erwerbstätig sind, leisten ihre Beiträge in der Erwartung, daß die kommende Aktivengeneration für sie einstehen wird, wenn sie das Rentenalter erreicht haben. Entsolidarisierungstendenzen zwischen den Generationen müssen wir in gemeinsamer Anstrengung entgegenwirken. Es kommt darauf an, die Solidarität der Generationen zu festigen. Sie ist so wichtig, daß wir sie wie einen Augapfel zu hüten haben.

(-/15.1.1982/ks/

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Lehren aus den polnischen Ereignissen

Das Schweigen der Friedensbewegung verpflichtet die Parteien

Von Dr. Peter Glotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

Am 10. Oktober des letzten Jahres haben 300.000 Demonstranten in Bonn die Welt aufhorchen lassen; sie gingen auf die Straße, um gegen Raketen in Ost und West für den Frieden zu demonstrieren: Die Friedensbewegung war mit diesem Datum endgültig zu einem Politikum geworden. Sie animierte den Bundestag zu einer Sondersitzung, und sie faszinierte die politischen Klassen in Washington wie in Moskau oder Paris mit der prickelnden Frage, welcher neue Geist in die neuen Generationen der Bundesrepublik Deutschland gefahren sein könnte.

Die polnische Krise zeigt, daß die Friedensbewegung Anstöße geben, aber keine Politik formulieren kann. Diejenigen, die sich zu ihr bekennen, sind in einem einzig: in ihrem Widerstand gegen neue Raketen. In allen anderen Fragen sind sie uneinig; deswegen kann im polnischen Konflikt niemand für die Friedensbewegung sprechen; deswegen kann niemand eine konsistente Politik der Friedensbewegung formulieren. "Bewegungen" sind nicht in der Lage, über Jahre und Jahrzehnte klar definierte politische Ziele zu verfolgen; dazu braucht man dann doch die viel verlästerten Parteien mit all ihren Schwächen.

Ich denke nicht daran, mich über das Schweigen der Friedensbewegung zu Polen zu erheben. Das Schicksal der Polen macht nur die nicht verlegen, die sich jetzt - wie Strauß und Zimmermann - heuchlerisch in Heldenposen emporrecken, um ihre moralische Entrüstung in die Welt zu prusten und den Boykottknüppel drohend zu schwingen: Das sind die wahren Alternativler von heute. Sie setzen der Politik der Regierung Schmidt/Genscher, die besonnen und mäßigend versucht mitzuhelfen, daß der letzte Rest an polnischem Spielraum erhalten bleiben kann, das Risiko eines neuen "Kalten Krieges" gegen das Sowjetimperium entgegen. Dazwischen gibt es offenbar nichts.

Ich weiß, die Alternative Schmidt oder Strauß, Entspannungspolitik oder Kalter Krieg, empfinden viele, die sich der Friedensbewegung zugehörig fühlen, immer noch als Zustimmung an ein Politikverständnis, das zwischen alltäglicher Realpolitik (der "etablierten Parteien") und politischer Moral ("der Bewegung") unterscheiden will. Aber diese Unterscheidung erweist sich als brüchig. Wenn die TAZ in einem interessanten, aber



auch enthüllenden Interview mit Heinrich Albertz dem nachdenklichen Gesprächspartner entgegenhält: "Die Stärke der Friedensbewegung war nicht Realpolitik, sondern ihre moralische Stärke, so wird hier ein Gegensatz von Geist und Macht reproduziert, wie ihn das deutsche Bürgertum des 19. Jahrhunderts kultivierte. Dies endete damals bei den "Betrachtungen eines Unpolitischen" von Thomas Mann, es würde heute nicht besser enden.

Die polnischen Ereignisse haben auf drastische Weise gelehrt, daß derjenige, der sich mit seiner eigenen Ethik lautstark im Reinen zu wissen glaubt, anderen noch lange keine Hilfe sein muß. Manche haben das rasch verstanden. "Zum ersten Mal", schrieb dieser Tage Klaus Hartung in eben dieser TAZ, "habe ich nicht das Gefühl, mich für die deutsche Außenpolitik schämen zu müssen". Die "einzige reale Politik", die den Hoffnungen der Menschen in Polen und ihrer Gewerkschaft gerechnet werde, sei "gegenwärtig die Politik dieser Bundesregierung".

Das ist nicht auf Anhieb ein befreiender, eher ein bitterer Lernprozeß. Die SPD hat ihn an sich abarbeiten müssen, doch daran führt kein Weg vorbei: Ohne die geduldige, von kargen Fortschritten und vielen Rückschlägen gezeichnete Entspannungspolitik der vielen kleinen, konkreten Schritte von West nach Ost wäre der andert-halbjährige Erneuerungsprozeß in Polen überhaupt undenkbar gewesen, hätte es "Solidarinosc" vermutlich nie gegeben - und: Ohne diese Entspannungspolitik wird es "Solidarinosc" auch nicht wieder geben! Nur wenn es der Westen bei aller Enttäuschung über den Warschauer Militärcoup über sich bringt, den Gesprächsfaden mit Polen zu halten, kann es auch künftig Nischen und Spielräume für polnische Bürgerbewegungen geben. Der Dialog im Innern, wie wir ihn uns für die Polen wünschen, setzt Gesprächsbereitschaft von außen voraus.

Wer deshalb die Politik der Entspannung abschreiben will, wie Strauß, oder wer glaubt, sie vernachlässigen zu können, wie die eindimensionale Ein-Punkt-Partei der "Grünen", der mag demonstrieren oder protestieren, so viel er will, er muß wissen: Er tut es mehr für sich und seine Moral, aber nicht für die Polen.

(-/15.1.1982/ks/ca)

+ + +



Gegen die verkopfte Schule

Die Verknüpfung von Theorie und Praxis im Unterricht ist eine unerledigte Aufgabe

Von Björn Engholm MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Am 15. Januar 1932 - vor 50 Jahren - ist Georg Kerschensteiner gestorben, der Begründer der "Arbeitsschule". Dieses Datum lohnt einen Blick zurück. Nicht, weil man in der Vergangenheit Rezepte für die Bewältigung der Zukunft zum bequemen Gebrauch vorfindet, wohl aber, weil es ja durchaus vorkommt, daß sich manches immer noch nicht voll durchgesetzt hat, was bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert als zukunftsweisende Lösung vorgedacht und vorgemacht worden ist. Kerschensteiners Forderung nach der Entwicklung einer "Arbeitsschule" gehört zu den unerledigten Aufgaben der Bildungsreform.

Wären wir in dieser Richtung weiter vorangekommen, dann stellten sich manche der heutigen Probleme des Bildungswesens mit geringerer Schärfe, beispielsweise die Situation an den Hauptschulen, wo Praxis immer noch zu klein geschrieben wird, oder die der Realschulen und Gymnasien mit ihrer Überfrachtung an theoretischem Wissen oder auch die der Berufsschulen mit ihren berechtigten Forderungen nach hinreichender Lehrerversorgung und genügenden Stundenzahlen, um auch allgemeinbildende und musische Fächer verstärkt berücksichtigen zu können. In allen Schulformen führt überdies die Schüler-selbstverwaltung weiterhin ein Schattendasein. Überall ist heute mit neuer Schärfe die Frage nach der Rolle der Lehrer als Wissensvermittler, als Erzieher und als Vorbild gestellt.

Es ist beunruhigend, daß zahlreiche konstruktive Ansätze, die beispielsweise im Bildungsgesamtplan von 1973 zwischen allen Ländern und dem Bund vereinbart worden waren, zunehmend im Parteienstreit zerredet und oft leichtfertig aus vordergründigen parteitaktischen Motiven abgeblockt werden. Ich denke an die doppelqualifizierenden Abschlüsse in der Sekundarstufe II, und ich denke an die Blockade des Gesamtschulkonzepts in manchen Ländern, der die Verweigerung eines Konsenses über die Anerkennung der Abschlußzeugnisse der Gesamtschulen zu folgen droht. Es kann nicht verwundern, daß solche Uneinigkeit der Bildungspolitiker wenig hilfreich ist, um die mittelfristig für die Fortentwicklung unseres Bildungswesens erforderlichen Mittel in der Finanzplanung durchzusetzen.

Vieles am bildungspolitischen Streit der letzten Jahre muß kleinlich wirken, wenn man auf Georg Kerschensteiners Werk zurückschaut. Kerschensteiner ist der Begründer der



"Arbeitsschule", eine Begriffsprägung, deren Reichweite sich im Kontrast zu dem an der "Muße" orientierten älteren Bildungsideal eindrucksvoll erschließt. Er ist der Förderer der Schüler selbstverwaltung und hat damit den Weg zur demokratischen Schule gewiesen, wie ihn beispielsweise die UNESCO 1973 umfassend - und bei uns immer noch nicht eingelöst - neu beschrieben hat. Er ist der Begründer der politischen Bildung durch Arbeitsgemeinschaften, und er ist vor allem auch Anreger einer reformierten Lehrerbildung, zu der er als Münchener Stadtschulrat selbst viel unmittelbar praktisch beitragen konnte.

Die Aufwertung des Begriffs der Arbeit für die Erziehung junger Menschen in der Schule ist vielleicht sein größtes Verdienst. Nach Kerschensteiners berühmter gewordenen Dortmunder Rede von 1926 über den "pädagogischen Begriff der Arbeit" steckt in solcher Arbeit immer Praktisches und Geistiges zugleich. Auf das eigene Tun, auf die eigene praktische Auseinandersetzung mit selbstgestellten Aufgaben und auf die Motivation des Schülers kommt es Kerschensteiner vor allem an. Wir würden heute sagen: Schüler sollen soviel wie möglich anhand von eigenen Projekten lernen. Eigene Lösungen als sinnvoll erkannter Aufgaben zu finden, ist wichtiger als alles Abarbeiten noch so raffinierter Curricula. Kerschensteiner hat bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts durch die Einrichtung von Holz- und Metallwerkstätten und durch die Schaffung von Schulküchen und Schulgärten in München viele dieser Gedanken in den Schulalltag seiner Zeit umsetzen können. Es erscheint dringlich, das für unsere Zeit wieder fruchtbar zu machen.

Nur konsequent ist, wenn bei solchem Ansatz die Berufsbildung für Kerschensteiner zentrale Bedeutung besitzt. "Die Berufsbildung steht an der Pforte zur Menschenbildung". Dieser Satz Kerschensteiners erschließt sich heute in neuem Sinn. In der Tat, Menschenbildung braucht die Orientierung an den praktischen Anforderungen des beruflichen Lebens, doch zugleich muß Berufsbildung immer deutlicher selber Menschenbildung werden. Wir brauchen Fortschritte in Richtung auf mehr Gleichwertigkeit der allgemeinen und der beruflichen Bildung, auch um die Attraktivität der Ausbildung im dualen System beim künftigen Rückgang der Jahrgangsstärken zu sichern. Wir brauchen mehr Praxisorientierung und weniger "Verhirnlichung des Lernens in der Isolierzelle Schule", wie es die "Zeit" kürzlich genannt hat.

Die Erinnerung an das Werk Kerschensteiners kann dazu neue Anstöße geben. Auch wenn die Wissensexplosion der letzten 50 Jahre es uns nicht leichter gemacht hat, müssen wir versuchen, entschiedener als bisher, von der "Verkopfung" des Unterrichts in unseren Schulen fortzukommen. Sogar die Arbeitslehre, die 1969 durch Empfehlungen der Kultusministerkonferenz wenigstens für die Hauptschule empfohlen worden war, leidet ja unter diesem Handicap: Trotz einer mehr als zehnjährigen Entwicklung fehlt es ihr immer noch an einer überzeugenden Verknüpfung des theoretischen und des praktischen Lernens. Diese herzustellen, bleibt Zukunftsaufgabe zugunsten aller Schüler in allen Schulformen. Und wenn - wie jüngst festgestellt - die Mehrheit unserer Schüler, Eltern und Lehrer in Betriebspraktika eine gute Möglichkeit sieht, das Lernen in der Schule durch Lernen außerhalb der Schule zu ergänzen, so sollte wenigstens dieser Weg ausgebaut und gesichert werden.

Es entbehrt nicht der Pikanterie daß solchen Bemühungen gerade dort der heftigste Widerstand entgegengesetzt wird, wo mit dem Wirken Georg Kerschensteiners die Verbindung von Theorie und Praxis im Schulalltag besonders eindrucksvoll vorangebracht wurde. Kerschensteiners "Arbeitsschule" hat uns vor Aufgaben gestellt, zu deren Lösung die Bildungspolitik gemeinsam einen neuen Anlauf nehmen sollten. (-/15.1.1982/hi/ca)

+ + +



Trotz Tricks der Opposition

Mit dem Haushalt '82 können wir die Aufgaben meistern

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In der nächsten Woche wird der Bundestag den Haushaltsplan-Entwurf für 1982 verabschieden. Er enthält - wie alle Haushaltspläne zuvor - Risiken und Chancen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt über seine Geltungsdauer von zwölf Monaten hinweg zahlenmäßig nicht erfaßt werden können. Wer wie die Opposition glaubt, dies müsse möglich sein und so tut, als ob eine Regierung tunlichst heute schon exakt zu erkennen hat, was im Laufe eines Jahres an wirtschaftlichen und politischen Unabwägbarkeiten über ein Land hereinbrechen kann, gehört zur Kategorie der politischen Hellseher; für eine realistische Haushaltspolitik ist er nicht zu gebrauchen.

Selbst in Zeiten, die politisch ruhiger und wirtschaftlich stabiler waren als die heutige, war der Haushaltsplan in gewissem Sinne mit einer Momentaufnahme vergleichbar: Nach jedem Jahr wurde er, nämlich den tatsächlichen Bedürfnissen, die sich während der laufenden zwölf Monate wandelten oder neu auftraten, angepaßt. Diese Korrekturen sind möglich durch ein Instrumentarium, das in der Bundeshaushaltsverordnung bewußt verankert ist.

In diesem Jahr ist die Ungewißheit über den Haushaltsvollzug mit Sicherheit größer als sonst. Dies liegt aber nicht daran, daß die Bundesregierung von geschönten Eckdaten ausgeht, wie es die Opposition bisher behauptet hat und es anlässlich der Haushaltsdebatte wieder tun wird; dies beruht vielmehr auf der schon genannten Tatsache, daß niemand - weder Wissenschaftler, Politiker, noch Fachbeamte - die möglichen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Haushalt für ein Jahr sicher voraussagen kann.

Wer ist schon in der Lage, den Datenkranz von Wechselkursen, Zinsen, Außenhandelsbilanz, Rohstoffpreise, Produktivitätszuwachs, Konjunkturlage, Kreditaufnahme, Arbeitslosenzahlen, Lohnabschlüsse, Investitionen und viele andere Faktoren so zu schätzen und zu harmonisieren, daß am Jahresende alles mit Plus-Minus-Null aufgeht? Einerseits hat der Haushaltsplan eine der Wirtschaft dienende Funktion, andererseits ist er, was seine Möglichkeiten betrifft, von den Ergebnissen der Wirtschaft abhängig. Wenn zum Beispiel bei einem Brutto-Sozialprodukt von gegenwärtig rund 1.550 Milliarden DM nur eine Milliarde ausfällt, dann führt das zu circa 240 Millionen DM weniger Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden, das bedeutet weiter 10.000 Arbeitslose mehr, die den Haushalt wiederum mit 130 Millionen DM belasten. Insgesamt also ein Haushaltsrisiko von 370 Millionen DM, das an anderer Stelle ausgeglichen werden muß. Wer die Prognosefähigkeit unserer Fachleute in Erinnerung hat, weiß, wie schnell sich Situationen einstellen können, die mit ihrer Fülle von wechselseitigen Beziehungen Ausfälle in Milliardenhöhe ergeben können.

Diese Tatsache läßt sich nicht ändern. Es hängt von der politischen Absicht oder vom politischen Geschmack ab, ob die genannten Zusammenhänge schwarzweiß gemalt werden, vielleicht noch mit hässlicher Umrahmung, oder ob mit Zuversicht und einem Schuß Optimismus die Möglichkeiten der positiven Einflußnahmen genützt werden. Wenn auch die im Haushalt 1982 festgelegten Zahlen bis zum Dezember dieses Jahres nicht alle stimmen werden, gibt er doch die Sicherheit, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen und wirtschaftlichen Herausforderungen gewappnet entgegentreten zu können.

Die Opposition wartet anstatt mit konstruktiven Vorschlägen auch diesmal mit der ihr eigenen sinnlosen Überraschungstaktik auf: Sie wollte den fertigen Haushaltsplan erneut von der Bundesregierung überarbeitet wissen. Dies hätte die Verabschiedung unnötig hinausgezögert; ein erkennbarer Nutzen wäre dadurch nicht entstanden, wohl aber viel Unsicherheit, was ja auch die einzige Absicht war.

Zweifellos wird uns in der nächsten Woche die Opposition Tage der großen und starken Worte bescheren. Wer Spaß an solchen Worten hat, soll sie genießen, sich aber nicht von ihnen beeindrucken lassen. Sie haben nämlich keinen anderen Zweck, als die finanzpolitische Konzeptionslosigkeit von CDU und CSU zu verdecken. Gerade in Zeiten, die gemessen an früheren - schwieriger sind, brauchen wir Gelassenheit und ein Höchstmaß an Sachlichkeit. Trotz gewisser Einschränkungen steht unser Land in der Welt und vor seinen Bürgern so da, daß wir uns beides leisten können.

(-/15.1.1982/vo-he/ca)

Die Ursachen erkannt?

Hat Berlins SPD die Konsequenzen aus dem 15. Januar 1981 gezogen?

Von Wilhelm Wiegreffe

Sprecher der Berliner SPD und Fraktion im Abgeordnetenhaus

Das Bild ist am 15. Januar genau ein Jahr alt, aber fast schon vergessen. Es zeigt Dietrich Stobbe auf der Regierungsbank - grenzenlos allein. In seinem Gesicht eine unendliche Müdigkeit. Eben noch hat er mit schier Übermenschlicher Selbstbeherrschung am Rednerpult gestanden und den schweigend sitzenden Abgeordneten mit fester und doch seltsam tonloser Stimme seinen Rücktritt vom Amt des Regierenden Bürgermeisters erklärt. Jetzt kann er, jetzt will er wohl auch nicht mehr. Enge Freunde und Mitarbeiter kämpfen mühsam mit den Tränen. Die Ratlosigkeit der SPD-Fraktion ist komplett. Keine Stunde für politische Profis. Nichts geht mehr. Die Berliner SPD an ihrem historischen Tiefpunkt. "Regierungsunfähig", lautet die Diagnose.

Das Aufbäumen des Nothelfers Hans-Jochen Vogel und einer Handvoll selbstloser Genossen aus dem Bundesgebiet und Berlin war später nur noch instande, einen Rest an Selbstachtung in die Opposition hinüberzuretten. Jedem Einsichtigen wurde klar: Kommt jetzt nicht die Grunderneuerung, dann heißt es Abschied nehmen von den Regierungsbänken - für vielleicht zwanzig lange Jahre. Das heißt, für den Rest dieses Jahrhunderts.

Woran ist Stobbe gescheitert? Sicherlich nicht an der Politik, die er mit seinem Senat zu verantworten hatte. Die Garski-Affäre war nicht von ursächlicher, sondern von auslösender Wirkung. Einer der intelligentesten Beobachter des Berliner Geschehens schrieb in jenen Tagen in einer überregionalen Tageszeitung vom Stobbe-Senat als einer der besten Mannschaften, die das Nachkriegs-Berlin vorgewiesen habe.

Die Hinwendung zu Stadtpolitik, die Umkehr in der Baupolitik, der frische Wind in der Kulturpolitik sind nur einige wesentliche Elemente, die mit dem Antritt Stobbes im Mai 1977 erstmals angepackt worden sind und heute als so selbstverständlich und richtig gelten, daß selbst der CDU-Senat sie zumindest verbal bejahen muß.

Stobbes Scheitern enthält Aspekte anderer Art. Sicherlich, er kam aus dem traditionellen Mehrheitsflügel. Er hatte die klassische Parteikarriere gemacht, hatte taktiert, gekungelt, finassiert und ist so nach oben gelangt. Anders als andere jedoch erschöpfte er sich nicht darin, auf der innerparteilichen Machtklavatur zu spielen. Ein Spiel, das er übrigens meisterhaft beherrschte und lustbetont betrieben hat - auch wenn der Schlußakkord ihn am Ende selbst vom Amtssessel fegte.

Stobbe hatte früher als die meisten seiner Genossen - zuerst wohl instinktiv, später mit immer größerer Sensibilität - erkannt, daß die Berliner SPD nur dann eine Zukunft hat und damit mehrheitsfähig bleibt, wenn es ihr gelingt, die innerparteilichen Verkrustungen aufzubrechen und sich den Bürgern wieder als eine Kraft darzustellen, welche Antworten geben kann auf die immer drängenderen Probleme der Zukunft.

Denn große Teile der oberen und mittleren Funktionärsschichten, zumal in den Kreisen, hatten - unbeweglich, machtgesättigt und mit breitem Hinterteil - das Denken in diesen Dimensionen eingestellt. Ihre Zukunftsprobleme reduzierten sich weitgehend auf Machterhalt und Postenjagd. Ihre Zukunftsangst schrumpfte zusammen auf das Zittern vor der Schlagzeile am nächsten Tag. Tieferes Nachdenken, Zukunftsentwürfe, Visionen gar erschienen ihnen als Teufelswerk. Alles was auf Parteiversammlungen spontan und bunt ins Kraut schoß, wurde auf Polkwitzer Vorgartenniveau zurechtgestutzt und ausgejätet. Was Wunder, daß ein Großteil der engagierten jungen Leute sich von der Partei abwandte oder gleich dorthin ging, wo man sie und ihre Fragen ernst nahm.



Nicht zuletzt aus diesen Gründen versuchte Stobbe, den innerparteilichen Rechts-Links-Starrkrampf zu lockern. Das klassische sozialdemokratische Bündnis von Arbeitnehmerschaft und kritischer Intelligenz war unter den bestehenden Berliner Bindungen nur wiederherzustellen durch die innerparteiliche Zusammenarbeit zwischen der rechten Mitte und der Parteilinken.

Als der SPD-Landesvorsitzende Stobbe seine inhaltlich neuen Positionen auch als Regierungschef durch Neu- und Umbesetzungen im Senat personell darstellen wollte, wurde ihm in der geheimen Abstimmung über seine Vorschlagsliste politisch der Hals gebrochen - von einer Handvoll Mitgliedern seiner eigenen Fraktion. Keiner hatte vorher laut gegeben. Alle hatten sie in den vorausgegangenen Sitzungen erklärt, sie würden den Vorschlag tragen. Der Haß dieser Desperados, ihre Angst vor Veränderung muß bodenlos gewesen sein. Wie sonst hätten sie das ganze Schiff absaufen lassen, nur um den Kapitän loszuwerden?

Sie wußten ja, was sie taten. Im Jahre 1976 waren es drei bis heute unerkannte niedersächsische SPD-Abgeordnete, die bei der Wahl ihres Ministerpräsidenten-Kandidaten heimlich die Front wechselten und Ernst Albrecht zur Macht verhalfen, der heute fester im Sattel sitzt denn je.

Was Dietrich Stobbe selbst nicht schaffen konnte, weil wohl noch zu viele Schlingewäxse des vermoderten Parteidschungels an ihm zogen, hat jetzt die Chance, Realität zu werden. In der Rückschau läßt sich sagen: Die Berliner SPD mußte wohl erst so tief sinken, um hören zu können, was die Stunde geschlagen hat.

Der neue Landesvorsitzende Peter Ulrich, der Fraktions-Chef Hans-Jochen Vogel und alle einsichtigen Kräfte der Partei haben noch einen unendlich steinigen Weg vor sich. Von "oben" können nur Anstöße kommen. Entscheidend ist die Bewegung in den unteren Gliederungen der Partei. Schon die innerparteilichen Wahlen, die in diesen Tagen beginnen, werden zeigen, ob es der Berliner SPD wirklich ernst ist mit dem Willen zur sachlichen und personellen Erneuerung. Dies ist die Stunde der Basis.

Dietrich Stobbe ist durch die Wucht der Ereignisse bis nach New York katapultiert worden. Erste Zeichen sprechen dafür, daß die Berliner SPD nicht nur Zentrifugalkräfte entwickeln kann, sondern auch wieder an Zugkraft gewinnt - für die besten Leute in unserer Stadt und in unserem Land. Warum nicht eines Tages für einen Berliner Genossen in New York?
(-/15.1.1982/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

